



Verband der Deutschen  
Lederindustrie e.V.



Milchindustrie-  
Verband e.V.



Verband der  
Fleischwirtschaft e.V.



Wirtschaftsverband  
Häute / Leder e.V.



Deutscher Bauernverband e.V.

Deutscher  
Bauernverband



Deutscher Raiffeisenverband e.V.

30.09.2025

### **Bündnis aus Landwirtschaft und Industrie fordert Änderung der EU - Entwaldungsverordnung: Verschiebung nutzen, vierte Kategorie einführen**

Bonn/Berlin, 30. September 2025 – Ein Verbändebündnis aus dem Deutschen Bauernverband, dem Verband der Fleischwirtschaft, dem Milchindustrie-Verband, dem Deutschen Raiffeisenverband, dem Wirtschaftsverband Häute und Leder und dem Verband der Deutschen Lederindustrie, begrüßt die Entscheidung der EU-Kommission, den Anwendungsstart der EU-Verordnung für Entwaldungsfreie Produkte (EUDR) zu verschieben. Die Verschiebung bietet die Chance, zentrale Mängel der Verordnung zu korrigieren.

Das Bündnis unterstützt das Ziel der EUDR, globale Entwaldung zu bekämpfen. Kritik richtet sich jedoch gegen die praxisferne Ausgestaltung: Statt sich auf Risikoregionen zu konzentrieren, belastet die Verordnung auch Länder wie Deutschland, in denen keine Entwaldung stattfindet. Das führt zu unnötiger Bürokratie, gefährdet Lieferketten und schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Land- und Ernährungswirtschaft.

Die aktuellen Vorgaben drohen zentrale Wertschöpfungsketten – etwa bei Rindfleisch, Häuten, Leder und Soja – zu unterbrechen. Nationale Insellösungen und fehlende Verwaltungssysteme verschärfen die Lage zusätzlich.

### **Forderungen der Verbände**

Die Verbände fordern daher:

1. **Einführung einer vierten Risikokategorie** für Regionen mit nachweislich vernachlässigbarem Entwaldungsrisiko, um unverhältnismäßige Nachweispflichten zu vermeiden.
2. **Entwicklung einheitlicher europäischer Systeme**, die Rechtssicherheit schaffen und den Binnenmarkt funktionsfähig halten.

Die Verschiebung des Anwendungsbeginns ist notwendig, um diese strukturellen Probleme zu lösen. Die Allianz fordert Rat und Europäisches Parlament auf, dem Vorschlag der Kommission zur Verschiebung zuzustimmen und die gewonnene Zeit entschlossen für eine grundlegende Überarbeitung zu nutzen, um sie praxistauglich zu gestalten.